

## Der Lissabon-Vertrag im PDG

Am 19.05.2008 stimmt das Parlament in Eupen über den Lissabon-Vertrag ab. Außer VIVANT- Ostbelgien stimmen bisher alle Parteien der DG dem Vertragstext zu. Dabei werden eine ganze Reihe von Bestimmungen des Lissabon-Vertrages, auch für die Bevölkerung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, schwerwiegende negative Folgen nach sich ziehen! Hier 3 Beispiele von Vielen:

1. Die Schulden des belgischen Staates und der öffentlichen Hand werden, bedingt durch unser Geldsystem, immer weiter ansteigen, so dass der Staat, um die Zinsen an die privaten Geldgeber bezahlen zu können, immer höhere Steuern und Sozialabgaben wird fordern müssen. Darunter leidet die gesamte aktive, Steuern zahlende Bevölkerung, aber auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen wegen der hohen Lohnnebenkosten. Auf Grund der Verschuldung wird der Staat immer weniger Geld für soziale und kulturelle Belange aufbringen können. Selbst die Dotation an die DG ist in ihrer derzeitigen Höhe gefährdet. Zur Lösung dieser Geld-Misere müsste die belgische Nationalbank, im Auftrag des Staates, das benötigte Geld für Subsidien und zinslose Kredite, souverän, selber schöpfen, ohne dass sich der belgische Staat dadurch immer tiefer verschuldet. Im Artikel 123 des Lissabon-Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union wird diese Lösung aber verboten.
2. Im Vertrag von Lissabon werden auch alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs verboten (Artikel 63 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union). Dadurch wird die ungebremste finanzielle Spekulation fortgeführt, welche bereits jetzt zu einem starken Anstieg der Preise für existenzielle Güter (Lebensmittel, Kleidung, Energie) geführt hat. Außerdem ermöglicht Artikel 63 die Kapitalflucht in Steueroasen: So können die Konzerne ihre Milliardenprofite an der Steuer vorbei z.B. in der City von London oder anderswo unterbringen.
3. Im Artikel 42 des Lissabon-Vertrages wird die NATO weiterhin als Fundament der kollektiven Verteidigung festgeschrieben, und die Mitgliedstaaten der Union werden dazu verpflichtet aufzurüsten. Die NATO plant die Bildung einer schnellen Eingreiftruppe zur militärischen Sicherung der strategischen Ressourcen, insbesondere von Mineralöl und Erdgas. Somit stehen mit dem Lissabon-Vertrag auch Belgien und die DG vor dem direkten Zusammenhang zwischen Energie und militärischer Gewalt bzw. militärischen Ausgaben. Angesichts der Notwendigkeit, aus Klimaschutzgründen, an Stelle der fossilen die erneuerbare Energieversorgung intensiv auszubauen, ist die NATO-Strategie also doppelt pervers!

Der frühere wallonische Ministerpräsident und Europa-Abgeordnete Jean-Maurice Dehousse beendete seinen Vortrag über den Lissabon- Vertrag am 4. April 2008 im Europa-Saal des Ministeriums in Eupen mit dem Satz: "Wer für Europa ist, der muss gegen den Vertrag von Lissabon sein."

Joseph Meyer

VIVANT- Fraktion im PDG